

UN-Klimakonferenz in Paris: Klare internationale Ziele und ordnungspolitische Neuausrichtung der deutschen Klimapolitik notwendig!

Der Klimakonferenz in Paris 2015 kommt nicht nur eine klimapolitische, sondern auch immanent wichtige Bedeutung für den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland zu. Der Bundesregierung muss es gelingen, einen international gültigen, verbindlichen und nachprüfbaren Ansatz in der Klimapolitik zu verhandeln. Gelingt dies nicht, wird sich der Trend der Deindustrialisierung und Desinvestition in Deutschland und Europa fortsetzen. Gleichzeitig muss die deutsche Klimapolitik auf den Prüfstand. Es muss endlich Schluss sein mit nationalen Zielen, die weit über die europäischen und internationalen Vorgaben hinausgehen und im globalen Maßstab aber nahezu wirkungslos bleiben.

➤ Global verbindliche, nachprüfbare und technologieoffene Klimaziele setzen!

Beim UN-Klimagipfel in Paris soll vom 30. November bis zum 11. Dezember 2015 ein Vertrag ausgehandelt werden, der den weltweiten Ausstoß klimaschädlicher Emissionen so weit reduziert, dass das Ziel, die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius im Vergleich zur Zeit vor der Industrialisierung zu begrenzen, noch erreicht werden kann. Mehr als 150 Nationen haben sich zu diesem Ziel bekannt. Der neue Vertrag soll ab 2020 für alle 195 UN-Mitgliedsstaaten bindend sein. Unter den Verhandlungsführern sind zentrale Fragen allerdings noch ungeklärt. Insbesondere die Frage nach der Rechtsverbindlichkeit der Ziele sowie möglicher Überprüfungsmechanismen zu ihrer Bewertung ist noch strittig. Ferner drängen die Entwicklungsländer darauf, dass das Vertragswerk zwischen der Verantwortung der Industrie- und der Schwellenländer differenzieren soll. **Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. fordert:**

- **Verbindliche Ziele für Industrie- und Schwellenländer!** Der Wirtschaftsrat bekennt sich ausdrücklich zu einer starken Klimaschutzpolitik, die *temporär* auch ein besonderes Anspruchsniveau Deutschlands und Europas voraussetzt. Ehrgeizige Klimaziele sind allerdings nur dann sinnvoll, wenn sie auch möglichst global gelten. Die in Paris vereinbarten Ziele müssen daher ausdrücklich auch für Schwellenländer wie China gelten, das seit 2006 der größte Verursacher von CO₂-Emissionen ist.
- **Technologieoffene und kosteneffiziente Ziele!** Die Klimapolitik muss auf das politische Kernziel der CO₂-Reduktion zu den geringstmöglichen Kosten fokussiert werden. Klimaschutz darf nicht mit technischen Vorgaben gesteuert werden, sondern über Marktpreise. Emissionen sollten in den Ländern vermieden werden, in denen das am kosteneffizientesten möglich ist. Daher sollte man Unternehmen gestatten, erhöhte Ausstöße in einem Land durch Reduktionen in einem anderen Land auszugleichen. Das europäische Emissionshandelssystem funktioniert bereits nach diesem Prinzip, da hier CO₂-Preise unabhängig von Landesgrenzen gelten.
- **Verbindliche Regeln zur Messbarkeit und Vergleichbarkeit der Maßnahmen!** Ein rechtlich verbindliches, internationales Klimaschutzabkommen ist nur dann ein Erfolg, wenn die größten CO₂-Verursacher weltweit mit einem vergleichbaren Belastungsniveau eingebunden werden. Zum anderen muss durch ein transparentes und verbindliches Instrumentarium die Messbarkeit und Vergleichbarkeit der Fortschritte sichergestellt werden.

➤ Deutsche Klimapolitik muss aus der Isolation!

Das nationale deutsche Klimaziel ist nicht nur von internationalen Vorgaben losgelöst, sondern sogar von europäischen Vorgaben. National setzt die Bundesregierung einseitig weit über die EU-Vorgaben hinausgehende Ziele durch. Nicht zuletzt die eigene, nationale Reduktionsmarke von 40 Prozent des CO₂-Ausstoßes ist volkswirtschaftlich teuer. Im globalen Maßstab sind die überzogenen nationalen Ziele Deutschlands zudem nahezu wirkungslos: Mit

815 Mio. Tonnen energiebedingter CO₂-Emissionen belief sich der deutsche Anteil am globalen CO₂-Ausstoß im Jahr 2012 auf gerade einmal 2,36 Prozent. Es spricht also einiges dafür, dass Klimaschutz nur im gemeinsamen, internationalen Schulterschluss mit vergleichbaren Rahmenbedingungen gelingen kann. **Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. fordert:**

- **Ein Mehr an Europa, statt einseitigem nationalen Voranschreiten!** Die Bundesregierung muss davon absehen – zusätzlich zur großen Herausforderung Energiewende – weitere nationale Emissionsreduktionsziele zu setzen, die über den in der EU bzw. international vereinbarten Rahmen hinausgehen.
- **Emissionshandel zum Leitinstrument der Klimapolitik entwickeln!** Investitionen in die Energieeffizienz und die Energiewende müssen mittelfristig über den Emissionshandel ausgelöst und der Flickenteppich verschiedener Subventionsregime abgelöst werden. Um seine Leitfunktion ausfüllen zu können, ohne die europäische Wirtschaft im globalen Wettbewerb weiter zu schwächen, dürfen bei der vorgesehenen Reform des Emissionshandels nicht Preise oder gar Staatseinnahmen im Vordergrund stehen. Ferner ist zu bedenken, dass jeder weitere Eingriff in das Emissionshandelssystem das Vertrauen in den Markt und damit die Investitionssicherheit schwächt.
- **Klimaschutz-Korridor statt starrer Klimaziele!** Um konjunkturelle Schwankungen und den verminderten CO₂-Ausstoß durch den Kernenergieausstieg angemessen zu berücksichtigen, sollte ein realistischer Zielkorridor von 35 bis 40 Prozent etabliert werden. Nationale Ziele für die auch vom Emissionshandel erfassten Sektoren sind nicht sinnvoll. Deren Emissionen lassen sich nicht national steuern, ohne in die Funktionsweise des Emissionshandels direkt oder indirekt einzugreifen.

➤ **Klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland**

Der Europäische Rat ist wiederholt ausführlich auf die Notwendigkeit eingegangen, im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen der Industrie weiter vor „Carbon Leakage“ zu schützen. Dies ist nunmehr auch umzusetzen, und zwar sowohl für direkte als auch indirekte CO₂-induzierte Kosten. Gleichzeitig wird das Ergebnis der internationalen Klimaverhandlungen von Paris aller Voraussicht nach kein „Level Playing Field“, insbesondere bezüglich der Bepreisung von Treibhausgasemissionen, sein. Auch die eventuell zunehmende Einführung von Emissionshandelssystemen in anderen Teilen der Welt ändert diesen Befund nicht – zu unterschiedlich sind diese im Ambitions- und Preisniveau sowie in der Ausgestaltung. Deshalb bleibt die Notwendigkeit zum Schutz von Unternehmen in der EU, die im internationalen Wettbewerb stehen, auf absehbare Zeit bestehen. **Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. fordert:**

- **Ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu fest verbindlichen Carbon Leakage-Regeln.** Die Bundesregierung sollte sich für die zügige Umsetzung der vom Europäischen Rat beschlossenen Carbon Leakage-Regeln einsetzen. Die Ziele müssen in die internationalen Anstrengungen eingebettet und basierend auf den Ergebnissen der Pariser Klimakonferenz überprüft werden. Die Unternehmen brauchen Klarheit über den längerfristigen klimapolitischen Kurs.
- **Rückbesinnung auf eine ordnungspolitisch saubere Klimapolitik.** Die Grundsätze der Klimapolitik sollten einige wenige und allgemeine marktwirtschaftlich ausgerichtete Regeln sein, die es ermöglichen, dass die effizientesten Lösungen im Hinblick auf Einsparungs- und Vermeidungskosten durch die Unternehmen selbst gefunden werden können.